

Öffentlicher Verkehr

Pendeln teuer und unbequem

Laut AK-Umfrage halten 70 Prozent Arbeitswegkosten für "hoch" bis "zu hoch" - Elf Prozent wollen Arbeitsplatz wechseln

Wien - Der Weg in die Arbeit ist zu teuer, zu zeitraubend und zu unbequem - das hat eine Online-Umfrage der Arbeiterkammer Wien unter 800 Pendlern (533 Bahnpendler, 134 Pkw-Fahrer, 90 Benutzer von Regionalbussen) aus der Ostregion ergeben. Insgesamt pendeln täglich 200.000 Menschen aus Niederösterreich und dem Burgenland nach Wien. 60 Prozent brauchen täglich mehr als zwei Stunden, um zur Arbeit und wieder zurück zu kommen.

Was die 533 befragten Bahnpendler besonders ärgert (64 Prozent), ist mangelnde Information im Fall von Verspätungen und Störungen. Für 60 Prozent stellen Verspätungen und die Nichteinhaltung von Fahrplänen ein Problem dar. Über 40 Prozent finden das Zug- und Busangebot in ihrer Wohnumgebung als nicht ausreichend. Dies gaben übrigens auch 40 Prozent der Autofahrer (136 Befragte) als Grund an, warum sie nicht auf Öffis umsteigen.

Wer täglich mit der Bahn zur Arbeit fährt, bekommt oft nur noch einen Stehplatz, nachdem er in zugigen Wartezonen gewartet hat: 56 Prozent der Bahnfahrer klagen über "zu wenige Sitzplätze" , mehr als ein Viertel fühlt sich beim Warten auf den Zug Wind und Wetter ausgesetzt. Dies, obwohl Bahnbenutzer im Schnitt 25 Euro pro Woche fürs Pendeln aufwenden müssen. Autofahrer kostet der Weg zum Arbeitsplatz wöchentlich das Doppelte, 50 Euro. Beinahe jeder Dritte muss pro Woche sogar mehr als 60 Euro ausgeben, um zum Arbeitsplatz zu kommen. Insgesamt bewerten 70 Prozent der Pendlere und Pendlere ihre Ausgaben für den Arbeitsweg als "hoch" bis "zu hoch" .

Deshalb gaben von den Autopendlern 19 Prozent an, dass sie gerne auf ein anderes Verkehrsmittel umsteigen würden, weitere zwölf Prozent suchen eine Mitfahrgelegenheit, elf Prozent denken an einen Arbeitsplatzwechsel.

Steuerliche Entlastung

Die Arbeiterkammer fordert nun, dass die ÖBB auf die für den Sommer geplante Tarifierhöhung verzichten sollten. Weiters sollten die bisherigen steuerlichen Freibeträge in Absetzbeträge umgewandelt werden, "damit alle Pendler unabhängig von ihrem Einkommen den selben Betrag bekommen" , wie AK-Präsident Herbert Tumpel am Dienstag bei der Präsentation der Umfrage sagte. (fern, DER STANDARD - Printausgabe, 22. April 2009)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=1240297822099>